

Einhalt zu tun, da seine Regierung eine Verschärfung Bulgariens nicht dulden könnte (?).

Französische Intervention?

Paris, 17. Juli. Nach einer Blättermeldung bestellte Minister Pichon telegraphisch den Befehl in Sofia, der bulgarischen Regierung dringend zu empfehlen, daß sie schleunigst einen Bevollmächtigten nach Risch entsende, um mit den Vertretern Serbiens, Griechenlands und Montenegros über den sofortigen Friedensschluß zu verhandeln.erner telegraphierte Minister Pichon an den französischen Vertreter in Konstantinopel, damit dieser im Einvernehmen mit den Botschaftern der anderen Großmächte einen Schritt bei der Porte unternehme, um von ihr zu verlangen, daß sie den Londoner Friedensvertrag einhalte und die Truppen an die Linie Eno-Midia zurückfordere. Schließlich hat Pichon auch einen Schritt in Bukarest vorgeschlagen, damit die rumänischen Truppen nicht in Sofia einzrücken.

Rücktritt des bulgarischen Kabinetts.

Sofia, 16. Juli. (Meldung der "Agence Bulgare".) Das Kabinett Danew hat gestern abend seine Demission überreicht.

Die "Königliche Zeitung" erfährt hierzu: Die unmittelbare Ursache der Demission des Kabinetts Danew ist in der Weigerung Rußlands zu suchen, weiterhin in Sachen des Waffenstillstandes tätig zu sein, weil Serbien und Griechenland die im Interesse Bulgariens vorgeschlagenen Milbungen bei der Feststellung der Waffenstillstandsbedingungen ablehnen.

Nach der "Königl. Zeitg." wurde Malinoff beantragt, ein Kabinett der patriotischen Konzentration aus den Parteiführern zu bilden. Vorläufig haben nur die Sozialisten abgesagt.

Rumäniens Ansprüche und Absichten.

Bukarest, 16. Juli. (Meldung der "Agence Roumaine".) Das Parlament trat heute zu einer außerordentlichen Session zusammen. Der Ministerpräsident verlas eine Botschaft des Königs, die besagt: Die Regierung habe die geeigneten Maßnahmen ergreifen müssen, um Rumänien angehoben der neuen Lage auf dem Balkan die ihm gebührende Stellung zu erhalten. Die Einberufung des Parlaments sei erfolgt, damit es die durch die Umstände gebotenen Vorlagen dringlich erledige. Die Botschaft wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Bukarest, 17. Juli. In einer Note an die Großmächte legt die rumänische Regierung die Gesichtspunkte dar, die für Rumänien bei Abschluß des allgemeinen Friedens maßgebend sind. Sie erklärt ferner, daß die neue Dobrujacharze die Linie Turtucăi-Dobritsch-Baltschik entlang läuft, jedoch im einzelnen so, daß sie eine strategische Grenze im modernen Sinne darstellt.

Die Regierung hat Maßregeln ergriffen, um den Anlauf von Land in den neubesetzten Gebieten zu verhindern. Dem Parlament wird ein Gesetz mit rückwirkender Kraft vorgelegt werden, das bestätigt künftig die Rechte der Befreiung auf dem Balkan zu sichern, um rumänische Kolonien anzusiedeln.

Annäherung zwischen Rumänien und Griechenland.

Berlin, 16. Juli. Der "Tag" schreibt: Die "Süd-slavische Korrespondenz" meldet aus Athen: "Ein Teil der Athener Presse verweist darauf, daß die zwischen Rumänien und Griechenland geschlossenen Konventionen einen immer wärmeren Grad annehmen. Es wird betont, daß die künftige politische Gestaltung auf dem Balkan auch einen Zweibund Rumänien-Griechenland und einen slawischen Dreibund entstehen werden, und bemerkt, daß erst dann das Gleichgewicht hergestellt sein wird. Die natürlichen Kräfte und Interessen würden diese Konstellationen ergeben. Denn ein Anschluß Griechenlands an die slawischen Balkanstaaten würde natürlich ebenso wenig wünschenswert sein wie der Eintritt Rumäniens in den Dreibund des Balkans, da sich die Politik dieses Bundes nur gegen die Donaumonarchie richten könnte."

Türkische Pläne und Hoffnungen.

London, 16. Juli. Der Korrespondent des Neuen Vorsatzes in Konstantinopel hat, obwohl die amtlichen Kreise sich Zurückhaltung aufzulegen, die positive Information erhalten, daß die türkische Regierung entschlossen ist, bis Adrianopel vorzugehen. Außerdem Vorteile, die durch eine schnelle Bewegung im gegenwärtigen Augenblick zu gewinnen seien, würde die moralische Wirkung eines Erfolges in dieser Richtung die innere Lage sicherer gestalten und die Stellung der Regierung festigen. Deshalb denkt man, daß das Abenteuer wohl zu wagen sei. Übrigens meinen türkische Kreise, daß die Türkei selbst in dem wenig wahrscheinlichen Falle, daß die Mächte zur Aufrechterhaltung der Grenze Eno-Midia einen Druck ausüben sollten, auf die Autonomie Thrakiens dringen könne. Indessen haben die Mächte bisher betreffend die Bewegung der türkischen Truppen keine Mitteilung an die Porte gerichtet, und türkische Kreise halten eine Intervention für unwahrscheinlich.

Die Cholera.

Belgrad, 16. Juli. Einer Blättermeldung aus Nišlaß folge nehmen die Cholerasfälle zu. Die große Hitte begünstigt die Epidemie.

Meine Nachrichten.

Cöln, 16. Juli. Der Berichterstatter der "Kölner Zeitg." in Berlin telegraphiert: Die von verschiedenen Seiten gemeldete Nachricht, die türkische Regierung unterhandle mit der Deutschen Bank wegen eines Vorschusses von 20 Mill. M., ist, wie ich aus bester Quelle erfuhr, ungutstellend.

Wien, 16. Juli. Die Porte hat ihre Botschafter beauftragt, gegen die von der bulgarischen Regierung verfügte Einschaltung der türkischen Gefangenen in das bulgarische Heer als einen groben Völkerrechtsbruch Protest zu erheben.

St. Petersburg, 16. Juli. Wie das Hauptpost- und Telegraphenamt bekannt gibt, ist die telegraphische

Verbindung mit Bulgarien unterbrochen, und die Annahme von nach Bulgarien adressierten Privatbeziehen und Brieftelegrammen eingestellt worden.

Ausland.

Eine zweite Audienz Graf Bertholds beim Kaiser Franz Joseph.

Ischl, 16. Juli. Graf Berthold, der heute vom Kaiser in Audienz empfangen wurde und zwei Stunden beim Kaiser verweilte, hat die für heute abend angelegte Abreise nach Wien nicht angetreten, und wird morgen wieder beim Kaiser erscheinen.

Französische Heeresreform.

Die Deputiertenkammer für die Einstellung der Zwanzigjährigen.

Paris, 16. Juli. In der Kammer wurde heute Art. 6 der Militärvorlage, der sich mit dem Einstellungsalter beschäftigt, erörtert. Le Hérisson, Präsident der Kommission, und Patis, der Berichterstatter, erinnerten daran, daß die Kommission dreimal hintereinander die Einstellung der Zwanzigjährigen ablehnte, weil sich das um seine Ansicht befragte hygienische Komitee dagegen ausgesprochen hatte. Dr. Manoury beglückwünschte die Kommission zu dieser Entscheidung und erinnerte vor allem daran, daß Deutschland nur ein Fünftel der Zwanzigjährigen einstellt. Abg. Puech trat für die Einstellung der Zwanzigjährigen und für eine strenge Auswahl unter ihnen ein, die alle durch die Militärvorlage aufgeworfen und böses Blut erregenden Fragen lösen würde. Der Jahrgang 1910 sollte nur in dem Maße unter den Jähnern behalten werden, als es die auswärtige Lage erfordere. Wenn diese es gestatte, würde es ein Fehler sein, den Jahrgang nicht zu entlassen. Die Zwanzigjährige würden den Jahrgang der Söhne nach vollständig erlegen können. (Beifall im Zentrum.)

Kriegsminister Etienne trat energisch für die Einstellung der Zwanzigjährigen ein und bat die Kammer, für das Amendingement Clouder zu stimmen, das diese Einstellung zugestellt und gestattet, diejenigen Mannschaften, die 30 Monate gedient haben, bis zu ihrem Übertritte in die Reserve in die Heimat zu entlassen. Das Amendingement wurde hierauf mit 376 gegen 199 Stimmen angenommen.

Die Heereskommission der Deputiertenkammer trat darauf gestern abend zusammen, um das Militärgesetz mit der Einstellung der Zwanzigjährigen in Einklang zu bringen. Sie beschloß ferner, daß der Appell der Jahrestasse 1913 in der zweiten Hälfte des Novembers stattfinden soll.

Die dreijährige Dienstzeit vor der Senatskommission.

Paris, 16. Juli. Die Heereskommission des Senats hat heute den Artikel des Militärgesetzes, durch den die dreijährige Dienstzeit eingeschafft wird, angenommen. Alle Mitglieder der Kommission erklärten sich für die Einstellung der Zwanzigjährigen. Im Verlaufe der Beratungen lagen folgendes System des Beifalls der Mehrheit der Kommission zu finden: Die Jahrestasse 1912 soll im nächsten Oktober, die Jahrestasse 1913 im März und April 1914 eingeschafft werden.

Die Dedung für die Ausgaben.

Paris, 17. Juli. Der Budgetausschuß der Kammer erörterte die vom Finanzminister zur Dedung der Ausgaben der Militärvorlage vorgeschlagene nationale Einkommensteuer und beauftragte nach längerer Debatte seinen Berichterstatter, einen Entwurf vorzubereiten, der zwar dem der Regierung ähnlich ist, aber die Einkommensteuer von über 10 000 Frs. treffen und ein Ertragsnis von 200 bis 300 Mill. Frs. liefern soll, während der Entwurf der Regierung ein Ertragsnis von nur 100 Mill. vorsieht.

Albanische Fragen.

London, 16. Juli. Wie das Reutersche Bureau erfuhr, wird die nächste Sitzung der Botschaftervereinigung am Montag stattfinden. In der letzten Sitzung beschäftigten sich die Botschafter hauptsächlich mit der albanischen Frage. Obgleich die Vereinigung in den verschieden vorliegenden Fragen keine Beschlüsse fasste, versicherte man doch, daß die Meinungsverschiedenheiten unter den Botschaftern jetzt geringer sind als vorher, und daß der Austausch der Ansichten sowohl während der Sitzung der Vereinigung wie außerhalb derselben die Hoffnung rechtfertigt, daß die Frage des albanischen Status und der Grenze von Epirus noch gelöst werden könnte, ehe die Botschafter im nächsten Monat ihren Urlaub antreten.

Dringend der Erledigung bedarf die Frage der albanischen Gendarmerie, zumal die serbischen und montenegrinischen Truppen jetzt abgezogen sind. Während ein Teil der Botschafter es nur für nötig hält, Albanien völlig ohne Schutz zu lassen, tritt ein anderer Teil dafür ein, daß die Organisation der Gendarmerie unter fremden Offizieren unverzüglich in Angriff genommen werden müsse. Es werden Schritte unternommen, um schwedische Intendanten dafür zu gewinnen.

Die Auflistung des albanischen Status wird größere Schwierigkeiten bereiten, als die Feststellung der griechisch-albanischen Grenze. Von gewissen Seiten wird eine so strenge internationale Kontrolle Albaniens gefordert, daß die Unabhängigkeit des Landes dadurch illusorisch würde. Man hat Grund zu glauben, daß Albanien unabhängig sein und an seiner Spitze einen Fürsten haben wird.

Was die Grenze von Epirus anbetrifft, so ist noch keine endgültige Lösung gefunden worden, doch hofft man auf eine Verhöhnung, die gleichzeitig dem Standpunkt der am meisten dabei interessierten Mächte entspricht und auch für Griechenland annehmbar ist. Wie man zu wissen glaubt, wäre Österreich nicht geneigt, den Vorschlag Sir Edward Grey's anzunehmen, wonach die Grenze nach ethnographischen Grundsätzen bestimmt werden soll, vorangsetzt, daß sie vom Kap Stylos ausgeht und Albanien dabei Tonina erhält. Österreich besteht darauf, daß die Mächte den Verlauf der Grenze im allgemeinen zu bestimmten haben, wenn auch hier wie in den andern Fällen, eine technische Kommission die Einzelheiten ausarbeiten muß.

Rom, 16. Juli. Die "Agencia Stefani" meldet: Zum italienischen Delegierten für die von der Botschaftervereinigung beschlossene Kommission zur Festlegung der Grenzen Albaniens wurde der Generalstabsschef Marafini ernannt.

Endgültiger Friede zwischen der Türkei, Serbien und Griechenland in Sicht?

Wien, 16. Juli. Der "Neuen Freien Presse" wird, von besonderer Seite aus Konstantinopel gemeldet, die Türkei dürfte bereits in den aller nächsten Tagen den endgültigen Frieden mit Serbien und Griechenland unterzeichnen.

Die Lage in Persien.

Wahlkampf wählen.

Teheran, 16. Juli. (Meldung der St. Petersburger Telegraphenagentur.) Der Ministerrat hat den Text der Bekanntmachung über die Wahlen ausgearbeitet und telegraphisch nach Paris gesandt zur Bestätigung durch den persischen Regenten. Die Konserватiven beabsichtigen, sich mit allen Mitteln der Bevölkerung des Reichs zu widersetzen. Die Baktiaren werden, da sie die Unpopulärität der Einberufung des Wahlen bestehen.

Im neuen China.

Blutiger Kampf zwischen Nord und Süd — Japan als Unruhestifter?

Hankau, 16. Juli. Die Schlacht bei Kiukiang dauert heute fort. Die Hauptpunkte des Verles sind von den Nordtruppen besiegt worden.

Peking, 16. Juli. (Meldung des St. Petersburger Bureaus.) Viele Nordtruppen sind nach Kiangsi abgegangen, wo der Kampf noch andauert, augenscheinlich ohne Entscheidung. Die Haltung der Japaner ruft bittere Kommentare hervor. Die Chinesen glauben, daß die Japaner überall Hader erregen. Die Unwesenheit japanischer Offiziere im Lager der Rebellen gibt dieser Annahme Farbe, während die Tatfrage, daß japanische Kanonenboote in der Gefechtszone vor Ankunft liegen, zu einem Protest des Vizepräsidenten Liu Yuan-chang geführt hat. Die Südtrouppen erklären öffentlich, sie hätten Zusicherungen japanische Hilfe betreffend erhalten. Die chinesischen Blätter fordern eine amtliche Erklärung bezüglich einer angeblichen Rede des zum japanischen Gesandten in Peking ernannten japanischen Diplomaten Yamaza, in der die Verwaltung Kuangshals kritisirt wird. Die japanische Gesandtschaft ist der Ansicht, daß Yamaza falsch zitiert worden sei und bestreitet, daß den Rebellen von den Japanern offizielle Unterstützung gewährt worden, oder sonst irgendwie die Neutralität verletzt worden sei.

Das deutsche Konsulat in Nanking bedroht.

Berlin, 17. Juli. Der "Tag" erfährt aus London 16. Juli. Das Deutsche Konsulat in Nanking wurde von Insurgenten umzingelt, augenscheinlich, weil die Deutschen fürchtig die Auslieferung von zwei chinesischen Revolutionären aus der deutschen Konzession in Hankau angefochten hatten. Falls ein Angriff erfolgt, beabsichtigt die Deutschen ihre eigenen Verteidigungsmaßregeln zu treffen.

Amerikanische Tarifreform.

Washington, 17. Juli. Der Führer der republikanischen Mitglieder der Finanzkommission des Senates, Penrose, erklärte gestern während der Erledigung der demokratischen Finanzvorlage, daß keine planmäßige Opposition der Minorität stattfinde. Die republikanischen Senatoren seien von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Geschäfte des Landes sobald wie möglich erledigt werden müßten, gleichviel ob sie die Vorlage für gut oder schlecht hielten. Präsident Wilson sagte in einem Interview voraus, daß die Bill am 1. September Gesetz sein werde.

Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Washington, 16. Juli. (Meldung der "Associated Press.") Präsident Wilson hat heute den Botschafter in Mexiko, Wilson, aufgefordert, zu einer Besprechung nach Washington zu kommen. Man nimmt an, daß die Begegnung von Bedeutung für die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber der Regierung Huerta sein wird.

Heer und Marine.

Bergung der Toten von "S 178".

Wilhelmshaven, 16. Juli. Heute nachmittag fand auf der Werft beim Dock 4 die Leichenhalle beim Wrack des Torpedobootes "S 178" statt. Das Oberdeck des Wracks wurde geöffnet und die Bergungsmannschaften stiegen in das Wrack hinein, um die Leichen zu bergen. Diese waren völlig unkenntlich. Sie wurden, nachdem man sie mit Rücksicht auf die Toten gelegt, in Säcke gelegt und auf dem Wasserweg zum Lazaret geschafft. Bis abends 1/21 Uhr waren die Bergungsarbeiten noch nicht beendet.

Eine Schweizer Rüstflotte.

Bern, 16. Juli. Die im Frühjahr begonnene nationale Sammlung zur Schaffung einer schweizerischen Militärvatilat hat nach vorläufigen Bestellungen 1,4 Mill. Frs. ergeben. Da noch weitere Einfüllungen zu erhoffen sind, dürfte das Gesamtergebnis rund 1,5 Mill. Frs. betragen. Dies macht auf den Kopf der Bevölkerung etwa 40 Centimes aus. Die Kollekte war der Privatinitiative entsprungen, das Militärdépartement übernahm aber das Patronat. Von den Schweizerkolonien im Ausland gingen sehr erhebliche Spenden ein. Die Behörden schreiten nun zur Schaffung eines Flugzeuggeschwaders, das dem Armeekommando direkt unterstellt wird.

Parteidewegung.

Dresden, 16. Juli. Als sozialdemokratischer Reichstagskandidat für den Wahlkreis Dresden-Renstadt wurde der Stadtverordnete Arbeiterseelsorger Buck aufgestellt.

Mannigfaltiges.

Dresden, 17. Juli.

* Die Rückwirkung des Deutschen Turnfestes trat heute im Dresdner Straßenbild scharf hervor. War schon gestern eine größere Anzahl Beteilnehmer von